

Persönliche Erklärung nach § 31 GO zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (Drs. 19/28444)

Im Deutschen Bundestag wurde heute in 2./3. Lesung das 4. Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite beraten. Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas erklärt dazu:

Britische Mutation verschlimmert Corona-Lage in Deutschland

Das Gesetz ist grundsätzlich aus zweierlei Hinsicht notwendig. Deutschland steckt mitten in der dritten Welle der Corona-Pandemie, durch die massive Ausbreitung der britischen Mutante B.1.1.7 haben wir es dabei faktisch mit einer neuen Pandemie zu tun, deutlich infektiöser und mit schwereren Krankheitsverläufen auch bei jüngeren Menschen. Die Zahl der Neuinfektionen steigt, den Kliniken droht Überlastung, in Südwestsachsen ist dieser Zustand, der insbesondere für die dort tätigen Menschen eine schwere Belastung darstellt, bereits wieder erreicht. Noch immer sterben viele Menschen.

Es darf kein Gehangel von Lockdown zu Lockdown mehr geben!

In meiner Heimat, dem Vogtland, sind seit Beginn der Pandemie Stand heute 735 Menschen Todesopfer geworden. Gerade in den letzten Wochen gibt es wieder erhöhte Todeszahlen, allein vergangene Woche 64. Das ist erschreckend, das macht mich traurig und wütend zugleich. Traurig, weil hinter jeder Todeszahl einzelne Schicksale stecken, Verstorbene und Angehörige, die einen lieben Menschen verloren haben. Wütend macht mich, dass die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz in den vergangenen Monaten leider immer ineffizienter wurden. Ein „Gehangel“ von Lockdown zu Lockdown, wobei keiner davon so streng war, wie das, was in den meisten anderen europäischen Ländern der Fall war, eine unzureichende Umsetzung der vereinbarten Notbremse, viele unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Bundesländern, einfach kein gemeinsamer Geist mehr, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Flickenteppich. Das hat die Menschen in unserem Land immer mehr verunsichert, pandemiemüde gemacht.

Flickenteppich an Maßnahmen beeinflusst Pandemiegeschehen im Vogtland

Mein Wahlkreis, das sächsische Vogtland, grenzt an Bayern, Thüringen und Tschechien und ist vom Regel-Flickenteppich in den vergangenen Monaten besonders betroffen. Die unterschiedlichen Öffnungs- und Schließungs-Regelungen in Thüringen, Bayern und Sachsen sowie die Nachbarschaft zu Tschechien bei gleichzeitig hoher (Arbeits-)Mobilität haben dazu geführt, dass der Vogtlandkreis über längere Zeit einer der Corona-Hotspot Sachsens und Deutschlands wurde. Ich halte nach alledem in Angesicht der weiterhin schwierigen Lage klare bundeseinheitliche Regelungen für dringend geboten. In der Rückschau hätte man diese bereits spätestens im November vergangenen Jahres verabschieden müssen. Das Vogtland hat aber in den vergangenen Monaten gezeigt, dass man mit Testen und Impfen gezielt die Pandemie bekämpfen kann - die Impfpriorisierung wurde früh aufgehoben, zwei feste Impfzentren und mehrere mobile Impfzentren eingerichtet, eine konzentrierte Impfkampagne für Lehr- und Kitapersonal gestartet, seit Mitte Februar 30 Testzentren eingerichtet, seitdem 200.627 Tests durchgeführt, ein elektronisches Testmanagementsystem eingeführt. Das alles ging allerdings nur ob der solidarischen überproportionalen Zurverfügungstellung von Impfdosen.

Schulbetrieb mit sicherem Testsystem hätte möglich sein müssen!

Aufgrund der vielfältigen Aktivitäten gegen die Pandemie in meiner Heimat, vor allem auch im Bereich Schule, hätte ich mir im vorliegenden Gesetz mehr Möglichkeiten gewünscht, die Schulen länger bzw. weitergehend offen zu halten.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite. >

Ich habe immer vor einem Jo-Jo-Effekt, gerade im Bereich Schule, gewarnt, habe auch das vorhandene Testsystem des Freistaates Sachsen mit nur zweimal die Woche und gern auch zu Hause („Muttizettel“) als unzureichend kritisiert. Als Mitglied unserer Fraktions-Arbeitsgruppe Bildung und Forschung habe ich Vorschläge eingebracht, die Schulen weitergehend inzidenzunabhängig mit einem engmaschigen Testsystem, mindestens dreimal die Woche, verpflichtend unter Aufsicht in der Schule, Wechselunterricht und einer gezielten Impfkampagne für Lehrerinnen und Lehrer, offenzuhalten. Bedauerlicherweise konnten diese Vorschläge keine Mehrheit finden. Ich erkenne an, dass im Vergleich zur Kabinettsfassung die Abschlussklassen nun ausgenommen sind.

Ich hätte mir dennoch gewünscht, dass man der Offenhaltung der Schulen, der Situation der Familien, mehr Priorität/einen größeren Fokus einräumt, als bspw. die Ausgangssperre aufzuweichen.

Notwendige Entscheidung zum Schutz von Menschenleben

In der Abwägung aller Faktoren und der Notwendigkeit eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen zu müssen, werde ich - auch aus meiner christlichen Überzeugung heraus - im Sinne des Gesundheitsschutzes entscheiden und dem Gesetz zustimmen. Jedes COVID-19-Todesopfer ist eines zu viel.